

Richtericher Dell: Bürgerinitiative feiert einen Erfolg

FZ 28.11.14

S 22
A1

Bezirksvertretung folgt nach langer Diskussion nicht dem Vorschlag der Verwaltung. Planungsausschuss entscheidet nächste Woche.

VON GÜNTHER SANDER

Richterich. Über 70 Minuten lang haben rund 40 Bürgerinnen und Bürger der Initiative „Bürgerinteressen Richtericher Dell“ in der Fragestunde für Einwohner in der Bezirksvertretung gegen das geplante Baugebiet mobil gemacht. Stein des Anstoßes: Die Verwaltung sieht laut einer Beschlussvorlage keine weitere Bürgerbeteiligung mehr beim entsprechenden Flächennutzungsplan vor. Das brachte die BI auf die Palme. Bürger „dürfen nicht mundtot gemacht werden“, machten Vertreter der Initiative den Richtericher Bezirkspolitikern klar. Und die stellten sich schließlich gegen die Empfehlung der Verwaltung und stimmten für eine zweite Bürgeranhörung. Allerdings: Der Planungsausschuss, der kommenden Donnerstag tagt, und abschließend der Stadtrat haben das letzte Wort in der Causa „Richtericher Dell“.

Die Forderung der BI lautet unterdessen: Keine Abschaffung der

demokratischen Bürgerrechte, Verfahrenstreue im Bauleitplanverfahren und die Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung zum zweiten Bauabschnitt (Flächennutzungsplan 131 und Bebauungsplan 955) in der „Richtericher Dell.“

Umgehungsstraße zuerst bauen?

Der bewusste Ausschluss der Öffentlichkeit zeige sich darin, dass die Haupteinschließung/Ortsumgebung Richtericher Dell nicht öffentlich behandelt werden soll. Im Klartext: Die Bürger sollen nicht über den aktuellen Sachstand informiert werden und erst recht keine Einwände, Einsprüche und Anregungen abgeben können. So die Befürchtung der „Bürgerinteressen“. Die Bezirksvertretung habe stets gesagt und einstimmig beschlossen, ehe der erste Stein verbaut werde, müsse die Umgehungsstraße vorhanden sein, um den Ortskern vom „Mehrverkehr“ zu entlasten. Auch im kommunalen Wahlkampf sei im Mai von al-

len Parteien „mit dieser Aussage geworben worden.“ Auf die Frage nach der rechtlichen Grundlage der Vorgehensweise antwortete die Verwaltung, man wolle bis zur Offenlage noch abklären, für welches Verfahren man sich entscheiden werde. Rechtlich gebe es allerdings „keine Probleme.“

Bezirksbürgermeisterin Marlis Köhne (CDU) ließ wissen, man könne über ein Gutachten derzeit noch nicht reden, dazu bedürfe es etwas Geduld. Aber zur Offenlage werde alles auf den Tisch kommen. Die Bürgerinnen und Bürger blieben dabei, man sei auf einer anderen Grundlage informiert worden, jetzt solle man „ausgeschlossen werden.“ Auf jeden Fall werde eine „neue Offenlage fällig“.

Vertreter der BI erinnerten die Bezirksvertretung an ihren einstimmig gefassten Beschluss, dass die Umgehungsstraße auf jeden Fall Vorrang haben soll. „Wir haben diese Aussage gemacht“, versicherte Manfred Kuckelkorn (SPD). Jetzt habe die Verwaltung vorge schlagen, den zweiten vor dem ers-

ten Bauabschnitt zu vollziehen, um somit Geld einzunehmen, das für die Umgehungsstraße verwendet werden soll (rund 7,2 Millionen Euro Kosten). „Wir hoffen immer noch, dass unser Wunsch in Erfüllung gehen wird und die Straße schnell kommt“, sagte Kuckelkorn.

„Ein Eigentor“

Auch für Holger Brantin (CDU) ist die Umgehungsstraße „lebenswichtig.“ Wichtig sei, den Verkehr aus Richterich rauszuhalten, dazu gehöre die Gewährleistung der Umgehungsstraße. Ob man das so hinbekomme, wagt Marlis Köhne (CDU) zu bezweifeln, denn man befinde sich erst am Anfang des Verfahrens. Der Regierungspräsident in Köln habe „die Sache“ an die Stadt Aachen zurückgegeben. „Wir wollen aber mit Hochdruck weiter daran arbeiten“, machte Köhne dennoch Mut.

Bei der anschließenden Beratung über die Änderung des Flächennutzungsplanes taten sich die

Politiker schwer mit der Entscheidungsfindung. „Was passiert, wenn wir dem Beschluss nicht zustimmen“, wollte Manfred Kuckelkorn wissen. „Kommt es zu Verzögerungen?“ Die Verwaltung beharrte darauf, es habe bereits eine Bürgerbeteiligung stattgefunden für Dr. Otto-Wilhelm Kuhrt-Lassay (Grüne) war die Formulierung des Beschlusses dagegen „ein Eigentor“ und unerklärlich, wieso diese Situation entstehen konnte.

Dell-Gegner jubeln

Jubel gab es schließlich nach der Abstimmung bei den dagebliebenen „Dell-Gegnern“. Niemand im Gremium stimmte für den Verwaltungswunsch. Es gab sechs Enthaltungen (SPD, FDP, eine Grüne), aber fünf Gegenstimmen (CDU, eine Grüne). Die Bürgerinitiative jedenfalls fühlt sich erst einmal bestätigt, man sei ihrem Wunsche nachgekommen – wohl wissend, dass erst das Votum des Planungsausschusses am kommenden Donnerstag die Weichen stellen wird.